

*Nach der großen Erwartung kam eine noch größere Enttäuschung für Nord-Mazedonien. Der EU-Gipfel brachte keine positiven Nachrichten bzw. kein Datum für Beitrittsverhandlungen, dafür aber eine Mischung aus Frustration und Hoffnungslosigkeit. War so ein Gipfel-Ergebnis zu erwarten?*

Ich glaube ein solches Ergebnis war zu befürchten, aber ich habe bis zuletzt gehofft, dass sich die Staats- und Regierungschefs noch darauf einigen können, die Beitrittsverhandlungen zumindest mit Nordmazedonien zu eröffnen. Dass ein Konsens zu Albanien noch schwieriger werden würde, hatte sich bereits abgezeichnet. Der gesamte Beitrittsprozess basiert auf dem Prinzip der Konditionalität und die nordmazedonische Regierung hat alle Bedingungen zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen erfüllt. Es ist der Regierung sogar gelungen, einen Kompromiss im Namensstreit mit Griechenland zu finden, der jahrelang jeglichen Fortschritt in der EU-Integration des Landes verhindert hat. Gleiches gilt für Albanien: Das Land hat eine schwierige Justizreform durchgeführt und ebenfalls große Fortschritte gemacht. Es liegt nun an der EU, diese Fortschritte zu honorieren und den nächsten Schritt zu gehen, indem die Beitrittsverhandlungen eröffnet werden.

*Der österreichische „Standard“ hat diese Parallele gemacht: „Es ist so ähnlich, wie wenn der Klassenbeste aus der Schule geschmissen wird“. In Skopje ist man sich sicher, dass alles getan wurde, um ein Datum zu bekommen. Der Landesname wurde im Interesse der EU-Integration geändert. Präsident Macron redet jetzt über den Bedarf einer neuen Methodologie des Erweiterungsprozesses und stellt fest, dass es noch mehr Zeit brauche. Wie deuten Sie das, was steckt wirklich hinter seinen Worten?*

Ich stimme Präsident Macron dahingehend zu, dass es wichtig wäre, den Prozess zu reformieren und effizienter zu gestalten. Jede Reform des Prozesses, der die Beitrittsverhandlungen und vor allem die Reformen in den Ländern stärkt, ist letztlich nicht nur im Interesse der EU, sondern auch im Interesse der Westbalkan-Länder selbst. Für mich steht aber eine neue Methodologie des Erweiterungsprozesses nicht im Widerspruch mit der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen. Mit Serbien und Montenegro befinden sich bereits zwei Länder in Beitrittsverhandlungen mit der EU und jede Reform des Prozesses sollte auch für diese beiden Länder gelten. Es hat immer wieder Reformen in laufenden Prozessen gegeben und wir sollten keine weitere Zeit verlieren, die Reformanstrengungen in den Ländern der Region im Rahmen der Beitrittsverhandlungen fortzusetzen.

*Welche Konsequenz hat das Vertagen (manche reden lieber vom Bremsen) der EU-Gespräche mit Nordmazedonien und Albanien für den Rest der Balkanländer?*

Ich glaube, dass das Vertagen die Skeptiker in der Region stärkt, die der Auffassung sind, die EU habe kein Interesse mehr an der Integration der Westbalkan Länder. Die Entscheidung schwächt in meinen Augen das Konditionalitätsprinzip, auf dem der Prozess beruht. Mit der Unfähigkeit, zu einer gemeinsamen positiven Entscheidung zu kommen, hat die EU ihre Glaubwürdigkeit in der Region beschädigt und das Vertrauen, das die Menschen in sie gesetzt haben, enttäuscht. Gleichzeitig ist auch klar, dass diese Entscheidung nicht das Ende der Beitrittsperspektive bedeutet. Auch das wurde auf dem Gipfel betont und es würde eine Reform der Methodologie überflüssig machen.

*Würden Sie heute sagen können, dass der Gipfel in der Frage der Erweiterung eine Niederlage der Bundeskanzlerin Merkel und ein Sieg des französischen Präsidenten Macron war?*

Ich bin nicht der Auffassung, dass es bei einem solchen Gipfel um gewinnen oder verlieren einzelner Politikerinnen und Politiker geht. Die Bundesregierung hat klar gemacht, dass sie eine Eröffnung von Beitrittsverhandlungen sowohl mit Nordmazedonien als auch mit Albanien befürwortet und hat viel in die Region investiert. Die Kanzlerin hat immer wieder betont, dass eine Integration des Westlichen Balkans in die EU nicht nur im Interesse dieser Länder, sondern insbesondere auch im Interesse der EU selbst ist. Dass es nicht gelungen ist, eine Einigung zu erzielen, ist mehr als bedauerlich, sollte aber kein Grund sein aufzugeben. Kanzlerin Merkel und Präsident Macron sind sich nach wie vor darin einig, dass die Zukunft der Länder des Westlichen Balkans in der EU liegt. Uneinigkeit besteht lediglich in der Frage, ob vor einer Reform des Prozesses Beitrittsverhandlungen eröffnet werden sollten. Es liegt nun an Frankreich, konkrete Vorschläge zu unterbreiten und gemeinsam mit seinen europäischen Partnern Lösungen zu finden, um den Integrationsprozess so schnell wie möglich gestärkt fortzusetzen.

*Haben Sie den Eindruck, dass sich das Gewicht in der EU verlagert?*

Die größte Herausforderung mit Blick auf die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen, genau wie bei vielen anderen Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, ist das Prinzip der Einstimmigkeit. Es bedarf keiner Verlagerung von Gewichten, um derartige Entscheidungen zu verhindern, es braucht nur ein Mitgliedsland, das eine Entscheidung nicht mitträgt. Wir haben in letzter Zeit immer wieder gesehen, dass eine Einigung im Rat zu unterschiedlichen Fragen schwieriger geworden ist. Eine Reduzierung der Zahl an Entscheidungen, die einstimmig im Rat getroffen werden müssen, würde daher insgesamt die Entscheidungsfähigkeit und Funktionalität der EU erhöhen.

*Wie sehen Sie EU und Europa in zehn Jahren? Und vor allem, wie sehen Sie Westbalkan in zehn Jahren? Die aktuelle Lage in Europa und der Welt lässt nicht viel Raum für eine eindeutig positive Vorhersage, oder teilen Sie solche Meinungen nicht?*

Bei all den schwierigen Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU ist es in diesen Tagen in der Tat nicht leicht, allzu optimistisch in die Zukunft zu schauen. Dennoch glaube ich, dass sowohl eine weitere Stärkung der europäischen Zusammenarbeit als auch die Integration des Westlichen Balkans in die EU am Ende des Tages im Interesse aller Mitglieder ist. Die EU muss besser darin werden, auf Herausforderungen innerhalb und außerhalb ihrer Reihen zu reagieren. Eines der größten Mitgliedsländer wird die EU wahrscheinlich zum Ende dieses Monats endgültig verlassen. Das muss die EU erst einmal verdauen. Gleichzeitig gibt es eine Reihe von Krisen an den Außengrenzen der EU, die nach wie vor ungelöst sind. Auch die transatlantischen Beziehungen haben bessere Tage gesehen und der Aufstieg Chinas bringt seine Herausforderungen mit sich. Die EU hat es aber auch in der Vergangenheit geschafft, aus Krisen gestärkt hervorzugehen. Was den Westlichen Balkan betrifft: geografisch liegen die sechs Länder nicht in der Peripherie, sondern inmitten der Europäischen Union. Daran wird sich auch nichts ändern. Es bleibt daher auch im ureigenen Interesse der EU, diese Länder zu stärken und in ihre Reihen aufzunehmen. Der Gipfel in den vergangenen Tagen hat auch nicht die EU-Perspektive der Region beendet. Wir brauchen nun dringend einen gestärkten Beitrittsprozess und müssen auf beiden Seiten verloren gegangenes Vertrauen wiederaufbauen: innerhalb der EU das Vertrauen, dass die Reformprozesse tatsächlich zu einer nachhaltigen Transformation der Länder führen, und in der Region das Vertrauen, dass die EU ihr Wort hält. Wenn uns das gelingt, bin ich davon überzeugt, dass die EU in zehn Jahren zumindest um einen Teil der Länder des Westlichen Balkans reicher ist.